

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnement: Durch unsere Zeitung für das Erzgebirge monatlich 2.00 Mark. Bestellungen nehmen die Postämter und für Annahmestellen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis 10 Pf. — Anstalt Nr. 53. — Telegramme: Erzgebirge Auergebirge. — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Abonnement: Durch unsere Zeitung für das Erzgebirge monatlich 2.00 Mark. Bestellungen nehmen die Postämter und für Annahmestellen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis 10 Pf. — Anstalt Nr. 53. — Telegramme: Erzgebirge Auergebirge. — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 155

Donnerstag, den 6. Juli 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

In Bwitzau ist die Ruhe wieder hergestellt, die Arbeiter sind heute früh wieder an ihren Arbeitsplätzen erschienen.

Der Gesetzentwurf zum Schutze der Republik liegt im Wortlaut vor.

Die Gerüchte über Rücktrittsabsichten des Reichswehrministers Geisler werden von autoritativer Seite demontiert.

Der Präsident des Reichsgerichts Dr. Delbrück ist gestorben.

Die Demokraten und die Krisis.

(Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.)

Die Demokratische Reichstagsfraktion hat in der ersten Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik eine nachsichtige Erklärung im Reichstag abgegeben.

Angesichts der furchtbaren Gewalttaten und des Abgrundes, an den maßlose Verleumdungen und Verdächtigungen gegen die Reichsregierung und die ständige Beschimpfung der deutschen Republik und ihrer Führer unsern Staat gebracht haben, sind wir der Meinung, daß alle, denen es ernst mit dem Wohle des deutschen Volkes ist, alle Kräfte einsetzen müssen, die verfassungsmäßige demokratische deutsche Republik, den Staat, in dessen Gestalt allein der Wiederaufbau des Vaterlandes möglich ist, zu stützen und zu befestigen.

Wir sehen hierin vor allem eine große Aufgabe der Erziehung, die nicht allein der Schule aller Stufen, sondern allen politischen Verantwortlichen, den Regierungen wie den Parteien, obliegt und hoffen, daß diese Aufgabe angesichts des furchtbaren Tiefstandes politischen Denkens und Fühlens, den die geäußerten Gewalttaten aufzeigen, nun von allen Beteiligten mit aller Kraft aufgenommen und weitergeführt wird. Wir sind weiter gewillt, für diese Zeit dieser Erregung und Bedrohung dem Staate diejenigen strafrechtlichen Mittel in die Hand zu geben, deren er zur Abwehr aller Anschläge auf seinen Bestand, seine verfassungsmäßige Gestalt, seine Sicherheit und Ehre und der Anschläge auf Leben und Ehre seiner Führer bedarf. Verbreden derart, wie wir sie nun mit strafrechtlichen Mitteln treffen müssen, kannte die deutsche Geschichte bisher nicht in der Häufigkeit und Gefährlichkeit dieser Zeit. Wenn hieraus die Notwendigkeit neuer, bisher nicht vorgesehener Strafbestimmungen folgt, so kann daraus niemand den Vorwurf ableiten, daß ein Ausnahmegesetz gegen einzelne Volksteile oder politische Richtungen geschaffen werde. Es kann sich vielmehr um nichts anderes handeln, als die leider notwendig gewordene Ergänzung unseres Strafrechts mit gleicher Geltung für alle Volksgenossen: Gewalt gegen Gewalt, Strafe gegen Auflehnung und Bedrohung — gegenüber mißleiteter Gesinnung oder Erziehung und Führung! Wir werden deshalb mitarbeiten, mit aller Beschleunigung den Entwurf in einer Gestalt zu verabschieden, die die Lebensnotwendigkeiten des Staates mit dem liberalen Persönlichkeitsrechte der Staatsbürger auf Achtung vor innerer Ueberzeugung und mit ursprünglichen demokratischen Grundrechten aller deutschen Bürger vereinigt. Wir hoffen, daß dies gelingt und so das Gesetz dazu beiträgt, die Republik zu sichern, die politische Atmosphäre zu entspannen und dem schwergeprüften Vaterland die innere Ruhe und Ordnung zu bringen, deren es in dieser Zeit außenpolitischer Bedrängnis und einer noch kaum ausdenkbaren Erschütterung aller Wirtschaftsverhältnisse dringend bedarf. Wir vertrauen, daß unser Volk auch diese Krise überwindet in der Einigung aller Verständigen und wirklich Vaterlandsliebenden zu einer großen Gemeinschaft des Schutzes und der Arbeit für das bedrohte deutsche Reich.

Diese Erklärung gibt den einmütigen Standpunkt der Demokratischen Reichstagsfraktion zu dem vorliegenden Schutzgesetz unabhängig von allen parteipolitischen Erwägungen wieder. Die Bereitwilligkeit zur weiteren Mitarbeit an dem Gesetz schließt natürlich in sich, daß auch die Demokraten bemüht sein werden, Abänderungs- und Verbesserungsanträge in den Ausschüssen zu stellen. Die Abgeordneten Koch (Weiser), Brodau und Dr. Schäfer werden die Fraktion bei der Ausschussberatung vertreten. Neben der Beratung des Schutzgesetzes soll auch noch der Gesetzentwurf über Straffreiheit für politische Straftaten beraten werden. Es ist dies das Amnestiegesetz, das von den sozialistischen Parteien am Tage der Ermordung Rathenaus

stürmisch gefordert worden ist und das eine Art Ausgleich dafür schaffen soll, daß so zahlreiche Angehörige der Linksparteien wegen politischer Vergehen büßen, während ebenso schwere und noch schwerere Vergehen von Angehörigen der Rechtsparteien bisher ungeahnt gelassen sind. Die Demokraten haben bisher immer, wenn Amnestieforderungen auftauchten, den Standpunkt vertreten, daß der ohnehin schwache gegenwärtige Staat mit Amnestierung politischer Missetäter überaus sparsam umgehen müsse. Sie werden gegenüber dem vorliegenden Gesetzentwurf sorgfältig prüfen, wie weit dieser ihr grundsätzlicher Standpunkt im gegenwärtigen Augenblick aufrecht erhalten werden kann.

Während diese gesetzgeberischen Aufgaben alle Fraktionen lebhaft beschäftigen, wird zwischen den Regierungen jetzt die Frage der Erweiterung der Regierungskoalition behandelt. Im gestrigen Mittwoch hat der Reichsminister die Führer der drei Koalitionsparteien zu einer Besprechung der Erweiterungsfrage eingeladen. Es ist dort von den Mehrheitssozialdemokraten die Anfrage an die Demokraten und das Zentrum gestellt worden, wie sich beide zur Einbeziehung der U.S.P.D. in die Regierungskoalition stellen würden. Eine endgültige Antwort konnte um so weniger von beiden Parteien gegeben werden, als die Bedingungen, unter denen die U.S.P.D. an der Regierungsverantwortung teilnehmen will, im einzelnen immer noch nicht festgelegt waren. Über einhellig wurde von Zentrum und Demokraten die Gegenfrage aufgeworfen, wie sich im Falle der Verbreiterung der Koalition nach links die Mehrheitssozialdemokraten gegenüber zu einer Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung stellen würden. Natürlich konnte auch hier wieder keine abschließende Antwort gegeben werden, zumal mit der Deutschen Volkspartei über ihren etwaigen Eintritt in die Koalition noch gar nicht verhandelt worden ist. Man konnte also lediglich eine starke Abneigung der Sozialdemokratie gegen die Heranziehung der Deutschen Volkspartei feststellen, die indessen natürlich nicht verhindern kann, daß von den beiden bürgerlichen Parteien nunmehr ebenso ernsthaft der Versuch gemacht wird, die Deutsche Volkspartei nach rechts hin zu gewinnen, wie die Sozialdemokratie sich bemüht, die U.S.P.D. von links heranzuziehen. Eigentlich sollte die Deutsche Volkspartei gar keine Einladung zu Verhandlungen über ihren Eintritt in die Regierung abwarten, wenn sie die Möglichkeit einer Verstärkung der Regierung nach links hin vor sich sieht. Außenpolitische und innenpolitische Gründe müßten sie aus stärkster Bewegung, ihrerseits auf Mitregierung zu drängen, weil die Zukunft des deutschen Volkes nicht in einer stark nach links gerichteten Regierung liegen kann, sondern nur in einer auf breiterer Mitte aufgebauten Reichsleitung, an der das Bürgertum in weitestem Sinne mitbeteiligt sein muß.

Der Ueberfall auf Harden.

Ein Täter verhaftet. — Der andere bekannt.

Magimilian Harden befand sich Dienstagabend bereits wieder so wohl, daß er einem der Kommissare der politischen Abteilung genaue Mitteilungen über seine Beobachtungen bei dem auf ihn verübten Ueberfall machen konnte. Nach den amtlichen Ermittlungen haben bei dem Ueberfall zwei Personen mitgewirkt. Von den Tätern ist der eine, der 24jährige landwirtschaftliche Beamte Herbert Weichardt, ergriffen. Er ist Mitglied des längst aufgelösten Verbandes nationaler Soldaten und trug bei der Tat als Krawattenknäuel ein Hakenkreuz. Als zweiter Täter ist der 24jährige Oberleutnant a. D., jetzige Kaufmann Walter Untermann ermittelt. Er hat mit einem sogenannten Totschläger auf den Kopf Hardens eingeschlagen, während Weichardt Schmiere stand.

Weichardt und Untermann haben das Attentat schon seit längerer Zeit vorbereitet, und man hat Grund zu der Annahme, daß diese Vorbereitungen von einer Geheimorganisation, der die beiden angehörten, angeordnet und kontrolliert worden sind. Die Verbrecher waren im Besitze von Totschlägern gewesen; außerdem hatten sie noch scharf geschliffene, im Griff feststehende Messer bei sich. Als man Weichardt festnahm, trug er den Totschläger, eine schwere Bleikugel, die in Leder eingewickelt ist, noch an einem Klemm am Handgelenk. In der Wohnung der beiden hat man verschiedene Papieren vorgefunden, darunter auch den Entwurf eines Telegramms, in dem von dem Gelingen des Attentats Meldung gemacht wird. Dieser Entwurf stammt, wie Weichardt behauptet, von Untermann, trägt aber keine Adresse. Weichardt bekennt, daß er der in Hamburg aufgedeckten Geheimorganisation angehört. Bestätigt sich diese Angabe, so muß man darauf schließen, daß man

auf die Spur einer weiteren Mordorganisation ist, die starke Beziehungen oder vielleicht sogar ihren Sitz in Oldenburg hat. Von dorther stammen die beiden Verbrecher, die sich nach Berlin gekommen oder geflüchtet worden. Der Berliner Polizeipräsident hat auf die Ergreifung des Untermann eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

Der Ueberfall auf Harden zeigt so recht die vollkommene politische Ahnungslosigkeit jener nationalistischen Wurschen, die sich anmaßen, mit der Worbwaffe in die politischen Geschicke Deutschlands einzugreifen. Harden hat fast mit der gleichen Schärfe die Mitglieder der republikanischen Regierungen verfolgt, wie nur irgend eine Wulle oder Helfferich. Die Tatsache, daß Harden Jude ist, hat offenbar für die Mordbuben ausgereicht, um ihn hinterrücks zu überfallen. Die Tat darf darum nicht leicht genommen werden, weil sie zeigt, wie auch nach der Verhaftung eines großen Teiles der Geheimhändler noch zahlreiches Gesindel herumläuft, das Mordwaffen für politisch zulässige Argumente hält.

Deutscher Reichstag.

Die zweite der großen Fragen auf innenpolitischem Gebiet, die Erledigung des Gesetzes zum Schutze der Republik, die noch bedeutender ist als die über die Geislerdeumlage, stand gestern im Reichstage im Vorgesangsstadium der parlamentarischen Behandlung. Die Parteien hatten in den vorangegangenen 12 Stunden schnell fördernde und ernste Vorarbeit geleistet, indem sie sich auf Grund des ihnen sozusagen eben erst aus dem Reichsrat zugegangenen Wortlautes des Gesetzes über ihre Stellungnahme im einzelnen klar zu werden versucht hatten, im besonderen aber auch darüber, welche Ergänzungs- und Verbesserungsanforderungen sie gegebenenfalls zu stellen hätten. Man kann wohl sagen, daß auf allen Seiten das Bestreben zutage trat, eine unbedingte weitere Zustimmung der Gesamtheit zu vermeiden. Auch bei der Regierung wurde dieser Wunsch sichtbar. Reichsminister Dr. Brücker, der das Gesetz mit einer kurzen Einführungsrede beehrte, erklärte ausdrücklich, daß man über Einzelheiten noch miteinander reden könne, fügte aber allerdings hinzu, daß das Kabinett mit dem Gesetz stehe und falle. Im übrigen machte er das hohe Haus berechnungsgemäß zu größter Eile. Die Erklärungen der Parteien waren insgesamt auf den Ton abgestimmt: wir sind bereit, im Ausschuss politische Arbeit zu leisten. In diesem Sinne äußerte sich der Mehrheitssozialist Silberstein und der Zentrumsredner Dr. Veit, der über Einzelheiten des Gesetzes bemerkenswerte scharfe Vorbehalte andeutete. Verhältnismäßig kurz, würdig und treffend war die Erklärung des Abg. Dr. Petersen namens der Demokratischen Fraktion abgab. (Vergl. Beilage.) Die Deutschnationalen schickten eines ihrer ernsthaftesten und ruhigsten Mitglieder, den Abg. Düring, vor. Es erwiderte, daß dieser Schachzug erfolgreich war; kaum ein anderer aus der Fraktion wäre wohl zu Ende geführt worden. Denn selbst gegenüber der Ruhe Düringers tobte sich kommunistische Krawallstimmung beim Abg. Hillebrand aus. Die Sensation des Tages war die Rede des Abg. Dr. Stresemann, dessen unerwartetes Wiedererscheinen in einer Stunde parlamentarischer Hochspannung schon am Tage zuvor allgemein bemerkt worden war, und dessen Rede erfreulicherweise einen andern Ton anklängen ließ, als man in letzter Zeit vom Abg. Bederhoffen gewöhnt war. Wiederholt bezog sich Stresemann auf die Erklärungen Petersens mit der Feststellung, daß die Deutsche Volkspartei ganz ähnliche Auffassung wolle. Im übrigen skizzierte auch er die Bedenken, die er und seine Fraktion gegen gewisse Teile des Entwurfs hegen. Über darüber wird man sich, wie gesagt, noch des näheren im Ausschuss unterhalten, und hoffentlich in derselben ruhigen Art und Weise wie gestern im Plenum.

Kleine politische Meldungen.

Achtung vor der deutschen Seeflotte. In Frankfurt a. M. hat eine von Deutschland, Belgien und Holland beschickte, vom Deutschen Vortragsbund einberufene Zusammenkunft stattgefunden, in der beschlossen wurde, deutsche Fahrzeuge, die die schwarz-weiß-rote Flagge ohne die schwarz-rot-goldene Glich führen, weder zu laden noch zu löschen, noch zu beuntern noch zu verschleppen. Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß es solcher Maßnahmen bedarf, um die Schiffseigner zur Achtung vor dem Gesetz und den Hoheitsrechten des Staates zu zwingen.

Die Räumung des ober-schlesischen Gebietes wird von den interalliierten Truppen nach dem ursprünglich festgesetzten Plan fortgeführt. Das den Polen zugesagte Gebiet ist bereits vollständig geräumt, es ist zu hoffen, daß auch die beim Vaterland gebliebenen Teile den unwillkommenen Besuch bis zum 10. Juli losgeworden sein werden.

283 580 Stimmen für das Volksbegehren im Wahlkreis Chemnitz-Görlitz. Zum Zweck der Ermittlung des endgültigen Abstimmungsergebnisses für das Volksbegehren fand gestern vormittag im Neuen Rathaus in Chemnitz unter dem Vorsitz des Wahlkommissars Stadtrat Dr. Dörfling eine Sitzung statt. Es wurde in dieser Sitzung u. a. mitgeteilt, daß in den Amtshauptmannschaften des Wahlkreises 106 561 gültige Stimmen abgegeben wurden; die Zahl der abgegebenen Stimmen in den Städten mit revidierter Städteordnung betrug 167 979. Insgesamt wurden also im dritten Wahlkreise 283 580 gültige Stimmen abgegeben. Gegen eine beträchtliche Anzahl von eingehenden Eintragungen waren berechtigte Bedenken zu erheben, ferner mußten ganz Eintragungslisten als ungültig erklärt werden. Zum Beispiel hat in einem Falle die Liste in einem Gasthof und nicht im Gemeindeamt vorgelegen, in einem anderen Falle war nicht die vorgeschriebene Eintragungsliste verwendet worden.

Ernterabend der Oberschule zu Aue. Am Freitag, den 30. Juni hatte die Oberschule zu Aue zu einem Ernterabend eingeladen. Bedauerlicher Weise war dieser Einladung, nur in geringem Maße Folge geleistet worden. Nach kurzen Begrüßungsworten des Oberstudienrats Kochinger trat man in die Tagesordnung ein, die zunächst die Feststellung der Satzungen der Elternschaft, die anlässlich des Schuljubelums gemacht worden war, brachte. Diesen Teil leitete Bürgermeister Hofmann. Die vorgeschlagenen Satzungen wurden genehmigt, und zugleich die Wahl von zwei Vertretern der Elternschaft in den Ausschuss vorgenommen. Der zweite Teil brachte einen kurzen Vortrag des Oberlehrers Deck über das Thema: Turnen und Körperhaltung, der an der Hand des Spielfelds nachwies, daß Turnen und Körperhaltung eng zusammengehören und Turnen ohne Körperhaltung unmöglich ist. Die Ausführungen des Vortragenden gaben zu einer lebhaften Aussprache Anlaß, in der auch der Sport in seinem Verhältnis zum Turnen berührt wurde. Nachdem den Eltern noch Gelegenheit gegeben worden war, selbst über dies und jenes eine Aussprache anzuregen, wurde der Ernterabend mit Worten des Dankes an die Erschienenen geschlossen.

Die Mietervertretung nach dem Reichsgesetz. Ueber die Wahl von Mieterräten ist in den sächsischen Ausführungsbestimmungen des Reichsmietengesetzes folgendes enthalten: In Hausgrundstücken, für die ein Haustoilette besteht und in denen mehr als drei Wohnungen vermieet sind, werden die Befugnisse aller Mieter (die sich aus den von dem Entwurf vorher angeführten Bestimmungen ergeben) durch eine gewählte Mietervertretung ausgeübt. Die Mietervertretung besteht in Häusern mit weniger als 7 Wohnungen aus zwei Personen. Die Wahl dieser Vertreter hat, wenn sich kein anderer Mieter, ohne Widerspruch der Mitmieter zu finden, dazu erbietet, der am längsten im Hause zur Miete wohnende Haushaltungsvorstand zu leisten. Wahlberechtigt sind alle Haushaltungen durch die Stimme des Haushaltungsvorstandes, auch wenn dem Haushalt eine Frau vorsteht. Vertretung, bei der Stimmabgabe ist zulässig. Wählbar ist jeder zur Miete wohnende Haushaltungsvorstand, gleichgültig welchen Geschlechts. Eine gültige Wahl kommt nur zustande, wenn die Wahl allen wahlberechtigten Parteien angehängt ist, und sich mindestens die Hälfte von ihnen an der Wahl beteiligen hat. Gemählt sind diejenigen Haushaltungsvorstände, die die meisten Stimmen auf sich vereinen. Bei Stimmgleichheit ist gewählt, wer von den Reistgewählten am längsten im Hause zur Miete wohnt. Wohnen die Reistgewählten gleichlang im Hause zur Miete, so gilt der ältere als gewählt. Das Wahlergebnis ist von dem ältesten Haushaltungsvorstand und dem Hausbesitzer gemeinsam dem Haushaltungsausschuss schriftlich anzugeben. Die Gemeindebehörde kann nähere Vorschriften über die Wahl und über die Angelegenheiten. Beschließt die durch Ortsgericht, so ist zur Genehmigung in Städten mit revidierter Städteordnung die Kreisamptmannschaft ermächtigt.

Der Arbeitsmarkt unverändert. Nach dem Wochenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung vom 25. Juni bis 1. Juli zeigt die Arbeitsmarktlage im Vergleich zur Vorwoche keine wesentliche Veränderung. Die Anforderung von Arbeitskräften ging teilweise etwas zurück. Die Vermittlungstätigkeit war im allgemeinen äußerst reger.

Zur Verhütung von Waldbränden. Wiederholte Waldbrände, die neuerdings stattgefunden haben, beweisen, daß die bestehenden Vorschriften wenig beachtet werden, wonach in Waldungen, wenn bei Trockenheit oder Wind oder aus sonstigen Gründen Gefahr für Entzündung eines Waldbrandes besteht, das Rauchen verboten und strafbar ist. Neben den sehr erheblichen Strafen kommt selbstverständlich auch zivilrechtliche Haftbarkeit für den angerichteten Schaden in Frage. Ueberdies ist darauf hinzuweisen, daß das Abkochen im Walde streng verboten ist, ja daß sogar das Betreten der Staatswaldungen mit Gerätschaften zum Abkochen unzulässig ist.

Theater, Konzerte, Uebungen, Kunst Rosenfest des Erzgebirgsvereins Aue. Sonnabend, den 8. Juli, hält der Erzgebirgsverein Aue sein diesjähriges Rosenfest im Schützenhaus zu Aue ab. Die damit verbundene Rosenausstellung wird dem Freunde der Rosen wieder, wie bei der letzten Ausstellung 1914, so manches schöne Exemplar vor Augen führen und damit sein Herz erfreuen. Es würde dankbar anquerkennnen sein, wenn das Bemühen des Vorstandes, den Besuchern Schönes zu bieten, unterstützt würde, durch Ausstellung von selbstgezeichneten Rosen durch die Vereinsmitglieder und andere Freunde der Rose. Die Rosenausstellung wird um 8 Uhr eröffnet werden, von 4 bis 8 Uhr wird die Auer Stadtkapelle im schattigen Schützenhausgarten ein Konzert bieten, und von 7 Uhr ab soll sich ein Ball unter dem Zeichen der Rose anschließen. Für die Rosenausstellung und das Gartenkonzert ist der Zutritt jedermann gestattet, zum Ball sollen nur Mitglieder mit ihren Familienangehörigen und eingeführte Gäste Zutritt haben. Wägen das Unternehmen des Erzgebirgsvereins von günstigem Wetter unterstützt werden und recht zahlreichem Besuch finden.

Die Unruhen in Zwickau. Eine Darstellung der Regierung.

Durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird folgende Regierungserklärung verbreitet: Die Demonstration zum Schutze der Republik am Dienstag verlief auch in Zwickau ruhig. Nach ihrer Beendigung haben einige Trupps von Zivilpersonen den Versuch gemacht, das Haus des Vorsitzenden der Deutschen Nationalen Volkspartei Kaula anzugreifen. Hiervon unabhängig strömte eine andere Gruppe die zweite und fünfte Polizeiwache und gelangte dadurch in den Besitz von Waffen. Auf Anforderung wurden

20 Beamte der Landespolizei in die Stadt zur Hilfe geschickt. Auf dem Markte traten ihnen in der Schneberger Straße etwa 200 Personen entgegen und riefen einen ungewöhnlich heftigen Angriff gegen die Polizeibeamten. In kurzer Zeit war die Polizeistation umstellt. In diesem Zusammenstoß fielen die ersten Schüsse. Den Beamten gelang es, sich nach der Kaserne zurückzuziehen. Am Abend und in der darauffolgenden Nacht kam es zu mehreren Angriffen gegen die Kaserne der Landespolizei und nach vorausgegangenen Verhaftungen zu Schießereien, bei denen es auf beiden Seiten Verletzte gab. Für die Nacht des Angriffs spricht, daß die Kaserne nicht eingedrungen ist. Diese Vorgänge gaben der Regierung Veranlassung, in der Nacht auf den heutigen Tag verchiedene Teile der Landespolizei zur Unterstützung nach Zwickau zu entsenden.

Obwohl der Dienstagabend zusammengetretene Aktionsausschuss der Spinoorganisationen zur Unterstützung der Arbeit am gestrigen Tage aufgerufen und ein bedeutendes Publikum unter die Verhaftung verhaftet hatte, ruhte gestern in und um Zwickau die Arbeit in den meisten Betrieben. Im übrigen herrschte argenbildlich in Zwickau Ruhe. Der Aktionsausschuss hat sich auf Grund von Verhandlungen mit der Regierung verpflichtet, die öffentliche Ordnung strictly zu erhalten. Bemerkenswert ist, daß auf zwei Wegen Zugang von bewaffneten Arbeitern beobachtet wurde. Im übrigen ist die Untersuchung darüber noch nicht abgeschlossen, von wem die Unruhen ausgehen.

Zu den Vorgängen in Zwickau meldet W.T.B. noch: Im Sankt-Andreas-Haus sind 18 Verwundete eingeliefert worden, davon 10 Arbeiter und 8 Sipolente. Einige Verwundete befinden sich auch im Krankenhaus und im Lazarett. Ein Polizeibeamter ist in der Nacht gestorben, so daß im ganzen zwei Tote zu beklagen sind. Die Zwickauer Zeitungen dürfen nicht erscheinen, weil überall der Generalauftrag proklamiert ist. Der Aktionsausschuss hat den gesamten Ruf als Geisel festgestellt, um dadurch von der Regierung die Zurückziehung der Sipos zu erzwingen. Gestern waren sämtliche Schulen sowie das Rathaus geschlossen. Die Beamten weigern sich, Dienst zu versehen, und zwar aus dem Grund, weil ein hinreichender Schutz nicht gewährleistet werden könne.

Wie wir heute vormittag drahtlich aus Zwickau erfahren, ist die Lage nun wieder völlig geklärt. Gestern war sie noch ungewiß, da die zur Arbeit Erschienenen meist aus den Betrieben wieder herausgeholt wurden. Am Nachmittag gelang es dem Aktionsausschuss, die Arbeiter-Wehrmannschaft fester zu organisieren, so daß weitere Gewalttaten vermieden wurden. Ferner erhielt der Aktionsausschuss in Verhandlungen mit der Regierung die Zusage, daß von auswärtig nicht eingegriffen werde, und die in Zwickau bereits eingetroffene Sipos zurückgezogen werde. Tatsächlich hat diese denn auch am Abend Zwickau verlassen. In gemeinsamen Verhandlungen des Aktionsausschusses und der Gewerkschaftsvertreter mit den Arbeitgebervertreter tagten diese die Beendigung des Streiktages zu. Heute, Donnerstag morgen, erschienen die Arbeiter wieder an ihren Arbeitsstätten. Die Zahl der Opfer vom Dienstag beläuft sich auf zwei Tote und einige 30 Verwundete, darunter 14 Sipolente.

Letzte Drahtnachrichten.

Wieder Ruhe in Zwickau. Zwickau, 6. Juli. Die das sächsische Volksblatt meldet, ist die Lage in Zwickau heute wieder ruhig. Die Verhandlungen des aus Vertretern der drei sozialistischen Parteien bestehenden Aktionsausschusses mit Regierungsvertretern hatten folgendes Ergebnis: 1. Die auswärtige Sipoverstärkung hat Zwickau zu verlassen. 2. Die Zwickauer Sipos hat sich jeder Täterschaft gegen die Arbeiter und Demonstrationen zu enthalten. 3. Der Aktionsausschuss und Funktionäre der drei sozialistischen Parteien haben die Sorge für Ruhe und Ordnung der Stadt Zwickau übernommen und eine Arbeitserwerbsmannschaft gebildet, die durch gestempelte weiße Armbinden und Ausweisarten kenntlich ist. 4. Die Streikfrage sind zu bezahlen oder nur, wenn am Donnerstag früh die Arbeit wieder aufgenommen wird. Die gestern nachmittag stattgefundene Betriebsratensammlung hat diesem Besamlungsergebnis zugestimmt, dem Aktionsausschuss das Verzeihen ausgesprochen und beschlossen, heute früh die Arbeit wieder aufzunehmen. Demzufolge ist heute früh die Arbeit wieder vollständig aufgenommen und in der Stadt herrscht Ruhe.

Eine geplante Erweiterung der Reichregierung. Berlin, 6. Juli. Von den hiesigen Zeitungen sind heute der Vorwärts, die Freiheit und die Rote Paue erschienen. Der Vorwärts meldet: Gestern mittag begannen die Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Koalitionsparteien und der Sozialdemokratie über die Erweiterung der Reichregierung nach links. Die Verhandlungen trugen unverbundlichen Charakter; sie sollen im Laufe des heutigen Tages fortgesetzt werden. Die Freiheit schreibt: Die Demokraten wollten bei der Volkspartei sondieren, um nach rechts statt nach links die Reichregierung zu erweitern. Alle Meldungen über die beabsichtigte Vertiefung der Ministerposten sind mäßige Kombinationen. Erhöhung des Staatspreises auch in Berlin. Berlin, 6. Juli. Der Magistrat hat, wie der Vorwärts meldet, beschlossen, für die Zeit vom 10. Juli 1922 ab den Preis des auf Markten ausgegebenen Brotes auf 17,50 Mark und der Schrippe auf 60 Pfennig heraufzusetzen. Die Erhöhung ist im wesentlichen durch die Erhöhung der Mähne und sonstigen Personalkosten bedingt.

Kommunistischer Aufruf gegen den Monarchismus. Berlin, 6. Juli. Die Dro. e Paue veröffentlicht einen Aufruf der Generale der kommunistischen Partei Deutschlands an das kämpfende Proletariat zum Schutze gegen die Reaktion. Geordert wird sofortige Verhaftung aller monarchistischen Führer, sofortige Unterdrückung aller monarchistischen Verbände, sofortiges Verbot aller monarchistischen Organe, sofortige Säuberung aller Behörden, insbesondere der Reichswehr und des Gerichts von Monarchisten und Kinnerte für alle proletarischen Kämpfer.

Zum Rathenau-Mord. Düsseldorf, 6. Juli. Der im Zusammenhang mit der Ermordung Rathenaus verhaftete Praktikant Rauerg ist Dienstag auf Ersuchen des Oberreichsanwaltes beim Staatsgerichtshof nach Berlin übergeführt worden. Rauerg kommt nicht als Mörder in Betracht, es besteht aber starker Verdacht der Begünstigung. Berlin, 6. Juli. Die Thüringische Volkszeitung meldet aus Gera: Bei einer Hausdurchsuchung bei dem deutsch-völkischen Schutz- und Trugbund wurde eine Anzahl kompromittierender Schriftstücke gefunden und der Vorsitzende des Bundes Oberpostsekretär Fachhauer verhaftet. Es ist festgestellt worden, daß Gera die Generale für Thüringen war. Ferner hat sich aus den vorgefundenen Papieren ergeben, daß früher hochgeleitete Reichsleute das Unternehmen finanziell unterstützt haben.

Die Hungerkonferenz. Haag, 6. Juli. Der Vorsitzende der nichtrussischen Kommission hat ein Schreiben an den Vorsitzenden der russischen Delegation gerichtet, in dem er auf den Brief Litwinoffs bezüglich der Bedingungen antwortet, unter denen sich Frankreich, Belgien und Niederlande an der Hungerkonferenz beteiligen. Den Protokollen von Genua gemäß wird angenommen, daß diese Regierungen sich an der nichtrussischen Kommission unter genau denselben Bedingungen wie die anderen Staaten beteiligen.

Die französische Kammer über die Kriegsschuldfrage. Paris, 6. Juli. Die Kammer hat gestern vormittag die Beratung über die Interpellation der Kommunisten betreffend die Aufhebung der Pressefreiheit in den französischen Kolonien und in den französischen Protektorate und Mandatsländer fortgesetzt. Die Beratung nimmt auch noch die heutige Nachmittags-Sitzung in Anspruch. Im Laufe der Sitzung nahm Ministerpräsident Poincare das Wort, um die Anfragen der Kommunisten zu beantworten. Er beiprachte in der Hauptsache das kommunistische Manifest, das in den Kolonien verbreitet worden ist. Die Kammer sprach, nachdem Poincare Erklärungen über die französische Politik in Tunis abgegeben hatte, der Regierung mit 507 gegen 64 Stimmen das Vertrauen aus. Darauf begann die Beratung der Interpellationen über die Frage der Verantwortlichkeit. Abg. Billeneau erklärte, um festzustellen, wer die Verantwortung für den Krieg trage, hätte man nur Dokumente bei den deutschen Sozialdemokraten zu suchen, die die Verantwortung festgestellt hätten. Der kommunistische Abgeordnete Baklanoff führte aus, daß die von Poincare gebrauchte Kolonialpolitik zum Krieg geführt habe.

Für die russischen Emigranten. Genf, 6. Juli. Die internationale Konferenz zugunsten der russischen Emigranten fand gestern ihren Abschluß, nachdem sie den Entwurf für einen einseitigen Personalausweis für die russischen Flüchtlinge einstimmig angenommen hatte. Es wurde nachdrücklich festgestellt, daß dies Ausweispapier in einzelnen Fällen zur Ein- und Durchreise berechtigt, die Rückkehr in das Vaterland aber nur auf Grund eines besonderen Vermerkes gestattet und mit der Heimreise des Flüchtlings nach Russland keine Gültigkeit verleiht.

Der Dollarkurs. Berlin, 6. Juli. Der Dollar stand heute vormittag verhältnißmäßig auf 432 1/2.

Advertisement for Cotker Pudding. Text: 'Zu jeder Jahreszeit wird es bei Jung und Alt gern gesehen, wenn als erfrischende Nachspeise ein Cotker Pudding auf den Tisch kommt. Mit frischen gekochten oder eingemachten Früchten, mit Rhabarber oder mit Fruchttaft angerichtet, ist dies zugleich eine nahrhafte und gesunde Speise. Der besondere Zusatz von kochenbildenden Salzen in Dr. Cotker's Puddingpulver macht diese zu einem hervorragenden Nahrungsmittel für heranwachsende Kinder, und sollte diesen so oft als möglich vorgesetzt werden.' Includes an illustration of a child and a logo for Dr. Cotker's Puddingpulver.

Vermischtes.

Große Feuerkatastrophe in Hamburg. Die ausgebreiteten Anlagen der Norddeutschen Spiritwerke in Blümländer-Ausschlag brennen seit gestern morgen. Der Brand ist auf eine Explosion in den Lagerräumen zurückzuführen. Das Feuer griff in rasender Schnelligkeit unter andauernden Explosionen auf sämtliche Gebäude über. Alle verfügbaren Wassermengen der Hamburger Feuerwehr sind an der Brandstätte tätig. Gegen neun Uhr flogen zwei große Spiritustanks in die Luft, wodurch die Mauer des neben dem Direktionsgebäude stehenden Hauses eingedrückt wurde. Unter den Trümmern wurden 4 Feuerwehrleute begraben, wobei einer getötet, und drei verletzt wurden. Es wird befürchtet, daß bei dem Brand auch eine Anzahl Arbeiter getötet sind. Bisher ist festgestellt, daß durch die erste Explosion ein Arbeiter getötet und verschiedene andere durch Stichflammen verletzt sind. Nach einer weiteren Meldung sind 2 Personen getötet und 8 verletzt worden. Ungeheure Mengen Spirit sind verbrannt oder durch Abfließen vernichtet worden.

Abzug in den Bergen. Aus Innsbruck wird gemeldet: Der Handlungsgehilfe Karl Bühler aus Rosenheim stürzte im Kailergebirge tödlich ab. Die Leiche wurde geborgen und nach Ruffstein gebracht. — Wie Der Tiroler berichtet, ist in der Gesslergruppe in den Dolomiten der in Alpinistenkreisen weitbekannte Kletterer Johann Vera aus St. Ulrich im Grödenertal tödlich abgestürzt.

Eine Kaffeebohne gleich 4,28 Pfennige. Die Wochenschrift des Internationalen Hotelbesitzervereins schreibt: Jemand hat sich das Vergnügen bereitet, den Preis einer einzelnen Kaffeebohne auszurechnen, er hat festgestellt daß sie auf nur rund 4/10 Pfennige (4,28 Pfennige) zu stehen kommt, wenn das Pfund gebrannter Kaffee 110 Mark kostet. Auch das ist ein ganz interessantes Seitenstück zu den Kritiken, die an den Hotelpreisen immer wieder geübt werden. Es geht daraus aber auch die unheimliche Entwertung der deutschen Mark hervor. Vor dem Kriege konnten sich unsere Kinder für einen Scherz eine ganze Tüte Bonbons kaufen, heute bekommen sie eine Kaffeebohne dafür.

Schweres Eisenbahnunglück in Nordamerika. Dabas meldet aus Neuyork ein schweres Eisenbahnunglück, das sich auf dem Weg der Gesellschaft von Philadelphia und Reading bei der Abzweigung von Winslow ereignete. Ein Schnellzug fuhr mit einer Geschwindigkeit von 110 Kilometern auf einen auf einem Rangiergleise stehenden Güterzug. Der Zug stürzte teilweise die Böschung hinab. Bisher beläuft sich die Zahl der Toten auf neun, unter denen sich der Fahrer und der Lokomotivführer befinden. 76 Schwerverletzte wurden nach dem Lazarett übergeführt.

Walther Rathenau über die Frau.

Walther Rathenaus umfassender Geist spricht in seinem Buch: Von kommenden Dingen... auch über die Frau und ihre Bedeutung für das Leben der Nationen. Einige Auszüge sollen hier wiedergegeben werden.

Vor hundert Jahren sind die häuslichen Dantierungen der bürgerlichen Frau erloschen. Die Berufsstellung übernahm die Sorge für Gelpinst und Gewebe, für Kleidung, Licht, Feuer und Nahrung; Garten und Hof gingen ein, es verblieb Haushalt, Erziehung und Küche. Der wachsende Wohlstand schuf die bürgerliche Dame. An die Stelle der Arbeit trat die Bildung. Es entstanden in gehobenen Kreisen die Anfänge der Geselligkeit; nachbarliche Gassengespräche und Volksfeste verdrängten in Häusern, deren Wohnstube sich öffnete, gesellschaftlicher Besuch und Verkehr. Von der Wohnung trennte sich die Werkstatt, von der Heimstätte löste sich der Geschäftsraum; die Arbeitszeit dehnte sich aus, der Geschäftsmann, Beamte, Gelehrte verließ tagsüber das Haus, der Hausstand war aus dem Rahmen immerwährender Gemeinschaft geprengt. Nun war ein äußerer und innerer Bezirk geschaffen, den äußeren, des Berufs und Erwerbs, verwaltete der Mann, den inneren, der Ordnung und Erhaltung, übernahm die Frau. Sie wurde Herrin der Hauslichkeit, Verwalterin, und wie es die Geldwirtschaft erforderte, Käuferin. Der Mann erwarb, die Frau gab aus... Handwerker, gar Bauleute hatten mit dem Manne zu tun.

Heute ist die Frau fast alleinige und unaufschiebbare Käuferin... Der furchtbare Verfall der gewerblichen Künste seit achtzig Jahren, den das ernste Bestreben nicht aufzuhalten vermag, fällt weit weniger der Maschine als der kaufenden Frau zur Schuld. Denn ihr fehlt der Blick fürs Handwerkerliche, fürs Tüchtige, Brauchbare und Echte, vor allem für Maß und Kunst, es fehlt ihr auch die Festigkeit des Willens zum Notwendigen, die Unabänderlichkeit des Entschlusses; sie unterliegt dem Reiz, der ständigen Verführbarkeit mit Gedeihendem, der Seligheit, dem glänzenden Schein, der trügerischen Rechnung, dem Geschwätz des Verkäufers. Jede Gepflogenheit des Kleinverkaufs entspringt dem Verkehr mit Käufer in neu; was den Mann entrückt, den ein Wohlgeschick in diesen und jenen Kaufleben verschlägt, das ist zumeist gewohnte Spekulation auf weibliche Käufer schwächen... So ward die Frau der neuen Wirtschaft unvermittelt und gewaltsam im Laufe des Jahrhunderts in unerhörte Lagen verlegt, hinausgetrieben aus dem häuslichen Abschluß, mit Bildung belastet, geselligem und rechnerischem Verkehr zugewiesen, mit der Pflicht äußerer Lebensgestaltung behaftet. Vielfach in männliche Berufe gelettet, hat sie den gewaltigsten Forderungen standgehalten, die jemals unvorbereiteter menschlicher Natur zugemutet wurden, sie ist nicht erlegen und hat unser Jahrhundert zum mann-weiblichen gestaltet. Bedenkliche Nebenwirkungen aber waren unermelblich. Rechenhaftigkeit,

Kaufgewohnheit, Straßenvorkehr, äußeres Auftreten, Selbstkürzung haben die mütterliche Seite des Frauenwesens nicht vertieft. Dürrenhaftig, normal vom Mann gebildet, durfte sich entfalten. Es erhob sich eine der unersättlichsten Erschütterungen unserer Zivilisation, das Augustweib...

Wir haben den Frauen zu danken, daß ihr verdingtgestes Suchen eine Bewegung verbreitete, die nur im Ziele irrte. Und liegt es ob, dies Ziel zu entschleiern, das nicht in äußerer Herrschaft begründet ist. Nicht Rückkehr zum veredelten Hof und Garten, zum veralteten Roden und Weidwerk dürfen wir erzwängen, auch nicht über Fortschreiten zu Kammern und Tribunalen — Wandlung zu hoher Menschlichkeit ist das erste Ziel, Verachtung künstlichen Glanzes, albernem Schmuckes und schändlichen Maßgebens. Verantwortung für inneres Glück und Ordnung des allmenschlichen Hausstandes das letzte. Je entschiedener Wohlfahrt und Erziehung, Pflege und Lebensschmuck zu Sorgen der Gemeinschaft, zu Verantwortungen der Gesellschaft werden, desto reiner und bedeutender werden die neuen Pflichten des Weibes.

Wer dem Lande dienen will, darf jetzt nicht die Massen im Lande durch aufreizende Reden aufputschen. Es ist heute leicht, draußen eine Rede gegen rechts zu halten und damit viel Beifall zu wecken. Die Geister sind sehr bald gerufen, aber dann nicht gemeldet. Ezdm. Landtagspräsident Frickdorf, in der Trauerfeier der Linksparteien des Landtages am 28. Juni 1922.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Arnold. Druck und Verlag Auer Druck- und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Aue.

Bekanntmachung. Krankenversicherung.

Zufolge des am 7. d. M. in Kraft tretenden Gesetzes vom 9. Juni 1922 (RGBl. S. 497) werden die Herren Arbeitgeber hierdurch aufgefordert, Betriebsbeamte, Werkmeister, Handlungsgehilfen usw. bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 72000 Mk. ohne Rücksicht auf eine etwaige Zugehörigkeit zu einer Erlassklasse zur Vermeldung von Strafen bis spätestens 21. d. M. bei dem dem unterzeichneten Verbands angehörnden Ratzen unter Benützung der vorgeschriebenen Vordrucke zur Anmeldung zu bringen. Aue (Erzgeb.), den 5. Juli 1922.

Verband der Ortskrankenkassen im Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg. Alfred Frische, Vorsitzender.

Todes-Anzeige. Hierdurch allen Freunden und Verwandten die traurige Nachricht, daß heute früh 7/8 Uhr unsere liebe herzensgute Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante Frau Olga Göppert geb. Schindler in ihrem 62. Lebensjahre im festen Glauben am Herrn sanft entschlafen ist. In tiefer Trauer Louis Göppert Robert Göppert als Sohn nebst Braut Selma Martin Herbert Göppert als Enkel Clara Reich verw. gew. Göppert Die Beerdigung findet Sonnabend Mittag 1 Uhr vom Trauerhause, Wettinerstraße 82, aus statt.

Anerkannt hochfeine Tafelmargarine Butter -Ersatz vollere versend täglich frisch zum Preise von nur M. 40.— pro Pfd. franco von 9 Pfd. an die Molkerlei Jauch, Biberach-Rias (Württ.) Ein Versuch führt zu regelm. Bezüge.

Von grösserer Aluminium-Fabrik Westf. wird für die Abteilung Schlosserei ein durchaus erfahrener, älterer Vorarbeiter gesucht, der besonders im Bau von Schnitten und Stanzten und der Herstellung von Teildrücktuttern durchaus firm ist. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften unter A. T. 3651 an das Auer Tageblatt erbeten. Wohnung kann gestellt werden.

Eigensinnige Perl- und Plitternäher erhalten dauernde und gutahnende Arbeit. Mit Wohnungsangabe zu melden unter A. T. 3491 in der Geschäftsstelle des Blattes.

Schnitt- und Stanzebauer stellt ein Bernhard Hiltmann Aue im Erzgebirge Spezialfabrik für Schnitt- u. Stanzwerkzeuge.

Schreibmaschinenfräulein welche ebenso flott stenographieren kann, nach Aue gesucht. Bewerbungen schreiben, Gehaltsansprüche erbeten unter A. T. 3489 a. d. Auer Tageblatt.

Achtung! Achtung! Kammerjäger Obermart, staatlich konzeptionierter Kammerjäger u. Desinfektor kommt in den nächsten Tagen nach Aue um Ratten u. Mäuse wirklich radikal unter ein Jahr schriftl. Garantie zu vertilgen durch Auslegung von Cholera-Kulturen, welche j. Menschen u. Haustiere ungeschädlich aber unter Nagetieren eine ansehnliche Krankheit hervorruft. — Schwaben, Wenzeln, Katzen u. Gelbmäuse werden ebenfalls unter ein Jahr schriftlicher Garantie radikal vernichtet. Beteiligungen sende man sofort unter Kammerjäger Obermart an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Apollo-Lichtspiele Aue Lichtspielhaus ersten Ranges Bahnhofstraße 17. Freitag bis Montag, den 7. bis 10. Juli Der gewaltige Prankfilm! Das Meisterwerk des Richard Oswald-Filmings. Lady Hamilton Liebe und Leben der Lady Hamilton. 8 Lord Nelsons letzte Liebe. 8 Frei nach Heinrich Heine und der Ute Historie von Richard Oswald. Ute. Als Darsteller die Elite der deutschen Filmkünstlerinnen u. Künstler Klara Heid als Lady Hamilton Conradt Seibt als Lord Nelson Reinhold Schünzel, Werner Krauß, Theodor Loos, Gertrud Welzer, Käthe Walber, Friedrich Kühn. Täglich Anfang 8 Uhr. Im Interesse des verehrten Publikums bitten wir, nach Möglichkeit die Anfangsvorstellung zu besuchen.

Erzgebirgsverein Aue. Zu dem Sonnabend, den 8. Juli im Schützenhause stattfindenden Rosenfest wird hierdurch herzlich eingeladen. Rosen-Ausstellung nachmittags 3-6 Uhr Gartenkonzert von 4-6 Uhr. Von 7 Uhr ab Ball für Mitglieder und eingeführte Gäste. Rosen von Vereinsmitgliedern und anderen Freunden der Rose werden zur Bereicherung der Ausstellung erbeten und Sonnabend bis 1 Uhr mittags im Schützenhause gern entgegen genommen. Zur Rosenausstellung und zum Konzert hat jedermann Zutritt. Der Vorstand.

Total oder größeres Zimmer für Faktorei von auswärtiger Firma gesucht. Angebote im Hotel Burg Wettin abzugeben. Keine Butterknappheit Winter. Dauer-Butter in luftdichten Behältern - Dosen Postpaketen 9 und 5 Pfund, zum Einlagern. Nachnahme-Brief verschickt. Butterverhandlung Detlef Tieszen, Scheppest (Schepst). Begründet 1889.

Wer jetzt kauft, spart Geld! Keine Preise sind bei Berücksichtigung der Qualität und Ausführung, sowie in Anbetracht der bedeutend höheren Einkaufspreise außerord. billig. Besuchen Sie mich zwanglos. Ernst Korbinsky, Reichstr. 12, Schuhgeschäft und mech. Reparaturwerkstatt. Kopfhhaarwässer in großer Auswahl empfiehlt preiswert Stern & Gauger Kühle- u. Perückenfabrik, Aue Wettinerstr. 48, am Wettinplatz Empfehle mich zur Anfertigung J. Herren-Garderobe J. Buce, Schneeberg Str. 120.

Heilsalbe COMBUSTIN. Angewandt für Brandwunden, Reizen, Krämpfe, Füsse, Aderentzündung, Wunden, rissige Haut. Erhältlich in den Apotheken. Heilsalbe COMBUSTIN WERK.

Emil Drechsler Spezialhandlung für Munition aller Art Eibenstock i. E. Crottensackstraße 15. Rostschützöl, Ballistol, Putzmittel, Werg, Geschmackv. Ehrenscheiben. Kugeltalg.

Metallbetten, Stahlmatten, Rinderbetten bis an Gebirge, Ratal, 74 U feet. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Junge Leute d. zur See fahren wollen, erb. schriftl. Mitteilung und Rat. Auer Tagblatt Hamburg 28, Geschäftsbüro 119, S. 120.

Kleine Anzeigen Stellenangebote Stellensuche haben guten Erfolg im Auer Tageblatt